

Der Mittagstisch ist nur der Anfang

Bei der Schlussabstimmung zum X. Nachtrag des Volksschulgesetzes war nur die SVP geschlossen dagegen angetreten. Anlass dazu gaben die Sprachlastigkeit der Lektionentafel und die gesetzlichen Bestimmungen zum Mittagstisch.

Gerade in unserer ländlichen Gegend mit den von Familienbetrieben bewirtschafteten Berggebieten – wie auch deren zunehmende Besiedelung – werden mit dem X. Nachtrag massive Eingriffe in funktionierende Familienstrukturen geschaffen. Denn Artikel 20a hält fest: «Hat die politische Gemeinde oder die Schulgemeinde einen Mittagstisch eingerichtet, besteht kein Anspruch auf einen Transport vor dem Mittag nach Hause und nach dem Mittag zur Schule zurück.»

Die Möglichkeit einer Unterbringung in Gastfamilien, wie im Bericht der Regierung festgehalten, wäre ein finanz- und familienverträglicher Einstieg gewesen. In der Folge hätte man den Bedarf in Ruhe analysieren und eine selbst tragende Lösung erarbeiten können. Aber nein, einmal mehr wurde bereits in der Vernehmlassungsphase der Mittagstisch zementiert und der Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt.

Mit HarmoS soll spätestens ab dem Schuljahr 2014/15 – und nicht wie in Gams bereits für 2008 budgetiert – die Betreuung während der ordentlichen Schulzeit an den unterrichtsfreien Zeiten eingeführt werden. Im Hintergrund laufen jedoch bereits die Diskussionen auf Hochtouren, wie man diese Vorgaben auf eine ganzjährige Betreuung ausweiten könnte! Mit der Einschulung ab dem vierten Lebensjahr ist es noch nicht genug. In Basel werden in einem Pilotversuch bereits Dreijährige – nach intensiven Abklärungen – in Sprachkurse geschickt. Jetzt fehlt nur noch der Säuglingsflüsterer am Geburtsbett!

Das Bedürfnis von Mittagstisch und Tagesbetreuung ist nicht von der Hand zu weisen. Aber bei der Finanzierung all dieser Einrichtungen bin ich klar der Meinung, dass sie nicht zur Aufgabe der öffentlichen Hand gehören. Für mich bildet dabei nur die Unterstützung selbst erziehender Eltern eine Ausnahme. Die Nutzung der Angebote ist selbsttragend und dem wirtschaftlichen Verhältnis der Eltern angepasst zu gestalten. Die von allen anderen Parteien getragene gesetzliche «Zwangsumsetzung» und der voreilende Gehorsam einiger Exponentinnen wird jenen Gemeinden mit Übergangsausgleich (Härtefallausgleich) noch in arge Bedrängnis bringen.

Renato Baumgartner, SVP-Kantonsrat, Gams

Frischer Wind fürs Toggenburg

Die JCVP Toggenburg ist mit einer eigenen Kantonsratsliste präsent. Ihr Hauptziel ist der Gewinn eines Kantonsratsplatzes. Alle sechs Kandidierenden haben klare Ziele definiert. Sie setzen sich für eine innovative Bildungspolitik und ein einheitliches Bildungssystem ein, kämpfen für mehr und attraktive Lehrstellen im Toggenburg, wobei die Anforderungen mehr praxisbezogen sein müssen, stehen ein für einen zukunftsorientierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs, indem der Halbstundentakt ins Obertoggenburg gefordert wird. Genauso gilt der Einsatz einer nachhaltigen, modernen Energiepolitik, starken KMU und besserer Förderung des Spitzensports im Kanton.

Diese Ideen müssen an der Front platziert werden, also müssen die Kandidierenden an den Drücker. Denn Junge sind jetzt im Rat massiv untervertreten (heute sind drei unter 30 Jahre alt). Dieser Zustand kann und darf nicht länger hingenommen werden. Mit der Verkleinerung des Rates wollten die Initianten Gruppierungen wie die Jungen komplett aus dem Kantonsrat ausschliessen. Das darf nicht sein, es braucht dringend mehr junge Kräfte mit frischen Ideen.

Wir JCVPler wollen einen Auftrag gegenüber den jungen Menschen im Tal, gegenüber der Politik und Gesellschaft, gegenüber unserem l(i)ebenswerten Toggenburg.

Pius Bürge, Präsident und Kantonsratskandidat Junge CVP, Auffeld 132, Mosnang

Machen wir das Gute, aber richtig

Antwort auf den Leserbrief «Es gibt nichts Gutes – ausser man tut es» im W&O vom 6. März

Es stimmt, die CVP setzt sich für die Belange der Familie ein. Es ist auch richtig, dass sie eine eigenständige Politik betreibt. Dass da andere Parteien gelegentlich anderer Meinung sind, ist normal. Dass aber die Kantonsräte der grössten Linkspartei wiederholt behaupten, die CVP setze sich nicht für die Interessen der Familie ein, bedarf einer Richtigstellung, besonders da sie als Begründung den Verlauf der letzten Session heranziehen.

Die CVP hat eine Initiative lanciert, welche eine Erhöhung der Kinderabzüge zum Ziel hat. Mittlerweile haben wir genügend Unterschriften gesammelt, sodass das Volk darüber abstimmen kann. Das ist demokratisch.

Dass die CVP-Fraktion im Kantonsrat diese erhöhten Kinderabzüge

nicht gefährden wollte, indem sie verhinderte, dass ein (zumindest fast) gleich lautender Antrag in die von der SP bekämpfte Steuervorlage gepackt wurde, ist intelligent. Zu oft wurden Steuerpakete sowohl vom Volk als auch vom Parlament abgelehnt, weil sie überladen waren. Der Weg, den die CVP beschreitet, ist nicht nur familienfreundlich, sondern auch demokratisch. Zudem haben wir CVPlern uns auf die Strasse gestellt und mit den Passanten diskutiert, um die Stimmung in der Bevölkerung zu eruieren. Aufgrund dieser Erfahrung glaube ich fest daran, dass das Volk diesen Fortschritt zur Familienentlastung befürworten wird.

Ein Punkt bedarf aber einer zusätzlichen Klärung. Auch wenn die CVP und die erwähnte Linkspartei oft unterschiedliche Ansichten vertreten, bleibt eine offene Frage: Warum bekämpfen deren Kantonsräte primär die CVP und nicht die Parteien, welche sich weit weniger für Fortschritte in diesen Bereichen einsetzen? Wenn im Parlament Mehrheiten gefunden werden wollen, werden wir zumindest in der Familienpolitik aufeinander angewiesen sein. Ich hoffe auf eine starke CVP, weil sie gezeigt hat, dass sie dafür besorgt ist, Lösungen zu finden und durchzusetzen.

Christoph Dürr, Kantonsratskandidat, Buchs

Grün in allen Bereichen – aber verbindlich

«Nicht das Schönreden, sondern der Leistungsnachweis» sei gefragt, wird in Leserbriefen immer wieder verlangt. Damit gehen wir einig. In Bezug auf Umweltverbesserungsvorschläge sind wir nicht nur Spitze, sondern haben auch Erfolg. Ein Beispiel dafür: Erneuerbare Energie/Energieeffizienz wird überall grossgeschrieben. Endlich ist einiges in Bewegung geraten, was uns natürlich sehr freut. Erinnert sei aber, dass es die Grünen waren, welche dieses Anliegen zusammen mit der EVP ins Gespräch brachten, dies mit der kantonalen Volksinitiative «Für eine Energie mit Weitsicht». Das war im Herbst 2006. Diese Initiative wurde, zusammen mit einer grossen Medienpräsenz, zuerst belächelt, fand dann aber immer mehr Anklang. Zum Gelingen dieser Unterschriftensammlung trug auch die Toggenburger Bevölkerung einen überdurchschnittlichen Teil bei.

Aufgrund dieses Drucks erklärte der Bund die Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energie zu einem der vier Pfeiler der bundesrätlichen Energiepolitik.

Wählen wir Volksvertreter in den Kantonsrat und in den Regierungsrat, die das, was sie vor den Wahlen versprechen, nach der Wahl auch tatsäch-

lich umsetzen. Wir Grünen im Toggenburg haben den Tatbeweis erbracht. Für den Vorstand der Grünen Partei Toggenburg: Daniela Vetsch Böhi, Co-Präsidentin, Wattwil

Bei den Wahlen ein klares Zeichen setzen

Seit Ende der Achtzigerjahre versuchen verschiedene Kreise das einzigartige System der Schweiz aus den Angeln zu heben. In erster Linie geht es um die Aufgabe der Freiheit und den Anschluss an den Moloch EU. Doch weil dies nicht gelingt, werden dem Schweizervolk die Daumenschrauben angesetzt. Eine nie dagewesene Verschleuderung von Geldern und Aufblähung des Staatsapparates nimmt Anfang der Neunzigerjahre dramatisch zu und findet nach Blochers Abwahl wohl seine Fortsetzung. Eine unglaublich fahrlässige Ausländer- und Asylpolitik führt nachweislich zu immer schwerwiegenderen Problemen in unserem Land, vor allem die Gewaltkriminalität nimmt beängstigende Formen an.

Mit einer Flut von Gesetzen und Beschlüssen wird versucht, den Bürger zu entmündigen und die Schweiz weiter gefügig zu machen: Antirassismogesetz, Personenfreizügigkeit, erleichterte Einbürgerung ... und nicht zuletzt mittels neuer Bundesverfassung. Das Fass zum Überlaufen aber bringt die Abwahl von BR Blocher. Der einzige fähige und wirklich volksnahe Bundesrat wird von einer politischen Mafia aufs gemeinste des Amtes enthoben und im Parlament verhöhnt, eine Verrohung der Schweizer Politik, wie wir sie nicht kannten. Deshalb gilt es bei den Kantonsratswahlen das erste klare Zeichen zu setzen und der SVP als einziger Volkspartei die Stimme zu geben – auch bei der Regierungratswahl, und auf keinen Fall Intriganten wie Frau Meier-Schatz zu wählen.

Reto Rieder, Groffeldstrasse 16, Buchs

Die staatstragende Partei stärken

Die Polizei schaut weg, der Bürger fühlt sich allein und im Stich gelassen, öffentliche Plätze verslumen, Strassen sind ein Tummelfeld für Rowdies, und an den Schulen ist der Frechere der Bessere. Man könnte diese Liste beliebig verlängern.

Die SVP hat als staatstragende Partei in der Vergangenheit oft als einzige den Mut gehabt, den Finger auf diese wunden Punkte zu halten. Man macht sich damit nicht beliebt, vor allem nicht bei den übrigen bürgerlichen Parteien.

Zeit also, dass die SVP im Kanton St. Gallen noch stärker wird! Ich empfehle Ihnen deshalb, Mirco Rossi zweimal auf Ihre Liste zu schreiben. Wählen Sie einen dynamischen, jungen, unverbrauchten Mann, der den Ehrgeiz und den Willen hat, seine Wählerschaft in St. Gallen zu vertreten.

Mut und ein klares Bekenntnis zu den Grundwerten unseres Landes; Dafür steht unser Regierungratskandidat Stefan Kölliker. Als Gewerbevertreter erlebt er jeden Tag, wo der Schuh drückt und Probleme anstehen. Er weiss, dass nebst dem unstillbaren Durst des Staates nach immer neuen Steuern und Gebühren vor allem bezahlbare Krankenkassenprämien für den Bürger ganz oben auf der Wunschliste stehen. Jedermann soll Anrecht auf bezahlbare Gesundheitsleistungen haben. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Walter Gartmann, Mels, SVP-Kantonsrat

Leserbrief-Spielregeln zu den Wahlen

Leserbriefe mit Wahlempfehlungen für Kandidaten oder Parteien betreffend die Kantonsrats- und Regierungratswahlen vom 16. März dürfen maximal 1400 Zeichen (inklusive Leerschläge) umfassen. Anonyme oder vervielfältigte Zuschriften mit diffamierendem Inhalt werden nicht abgedruckt.

Leserbriefe werden grundsätzlich immer mit vollständigem Vornamen, Namen, Adresse und Wohnort der Verfasser veröffentlicht. Über Auswahl und Kürzungen entscheidet die Redaktion. Zuschriften, die sich auf Veröffentlichungen im W&O beziehen, müssen Titel und Erscheinungsdatum des entsprechenden Beitrages/Leserbriefes enthalten.

Die letzten Leserbriefe zu den Wahlen vom 16. März werden im W&O vom Donnerstag, 13. März, veröffentlicht. Sie müssen bis am 12. März um 12 Uhr auf der Redaktion eintreffen. (wo)

ZEITUNG ONLINE LESEN? ONLINE LESEN!
www.wundo.ch

ANZEIGE

Kantonsratswahlen:

Volksnahe Politik statt schmutzige Intrigen!

Die unwürdigen Intrigen bei der Abwahl von Christoph Blocher haben die Gesinnung anderer Parteien offengelegt.

Darum jetzt:

SVP wählen!

Mein Zuhause – Unsere Schweiz

Und in den Regierungsrat **Stefan Kölliker wählen!**



144.9.102

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 helfen Sie, dieses Inserat zu finanzieren. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch